

Die „Volkswocht“ erscheint täglich Nachmittags außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, durch die Post und durch Kolporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Postzeitungsliste Nr. 8170.

Volkswocht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Telephon Nr. 1206.

Insertionsgebühren: Beträge für die einseitige Beilage über deren Raum 20 Pfennige, für Beilagen und Beilagen-Anzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Samstag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 1206.

Nr. 285.

Montag, den 5. Dezember 1904.

15. Jahrgang.

Der Reichshaushalt.

Der Reichstag begann am Sonnabend mit der ersten Lesung des Etats. Ein „großer Tag“ war dieser Sonnabend fast nicht, obwohl sonst die ersten Tage der ersten Etatslesung als Sterne erster Ordnung am parlamentarischen Himmel zu glänzen pflegen. Das Haus war ziemlich schwach besetzt; offenbar erschien der Genus eines „Stengel“ vielen Abgeordneten nicht süß genug, um dafür auf die sonntägliche Heimfahrt nach Mitternachts zu verzichten. Dafür wimmelte die Estrade des Bundesrats von zivilen und militärischen Würdenträgern; der Reichskanzler freilich erschien erst gegen Schluß der Sitzung; aber Stengel war da, der Bajuware, den man nach Berlin herja hat, damit er den verfahrenen Reichsfinanzgatten aus dem Sumpfe schiede, begleichen o. Einem, der „schneidige“ Kriegsminister, Rheinbaben, der Miquel-Schüler, Syndikatschwärmer und Sozialistenlöser, der geachtete Marine-Tripig usw.

Und Stengel sprach. Ein Hochgenus war's nicht. Nicht in formaler, noch in sachlicher Beziehung. Ein Berg von Zahlen, durch den man sich durchwühlen muß, um ins Etatsland zu gelangen. Und dieses Land ist kein Schlaraffenland. Die Beutel sind leer, die Ausgaben sind groß, die Schulden noch größer; mit den Einnahmen aber, ja, da haperts. Sehr pessimistisch denkt der bayerische Freiherr über den neuen Zolltarif und dessen Mehrerträge; daß es sich bei der Verquickung von Brotwucher und Witwen-Scherflein, die das Zentrum so sinnig ins Tarifgesetz gebracht hat, um einen großen Hofuspolus handelt, wagte der Reichsschatz-Sekretär wohl nur aus Höflichkeit oder aus Furcht vor der regierenden Partei nicht mit deutlichen Worten zu sagen. Selbst über den Wert der Kolonien scheint Herr Stengel etwas legerische Ansichten zu haben. Der langen Rede kurzer Sinn war übrigens: neue Steuern sind nötig; mit dieser brutalen Offenheit wurde dies betrübende Resultat allerdings nicht verkündet, noch mehr hütete sich der Reichsfinanzminister, die Natur dieser künftigen Steuern näher anzudeuten. — Nach Stengel v. Einem. Zweijährige Dienstzeit, 15. unangenehme Sache das; da aber einmal da, nicht mehr gut zu beseitigen. Müssen anderweitigen Ersatz schaffen. Mehr Infanterie. Besonders aber mehr Kanallerie. Mehr Unteroffiziere. Neue Gewehre, Patronen, Schieß-, Exerzier- und Übungsplätze. Michel zahlte.

Nach Ueberweisung dieses Bouquets von Militärforderungen fühlte sich das Haus nicht mehr stark genug, weiter zu verhandeln. Es verlagte sich auf Montag. Auftreten des berühmten Gierlängers Schäbler. Wir schließen den Verhandlungsbericht vom Sonnabend hier unmitttelbar an:

104. Sitzung, Sonnabend, den 3. Dezember. Am Bundesratsstisch: Frhr. v. Stengel, v. Einem, Frhr. v. Rheinbaben, v. Tripig. Auf der Tagesordnung steht die

erste Lesung des Etats für das Rechnungsjahr 1905. In Verbindung damit steht der Haushaltsetat für die Schutzgebiete für 1905 sowie die Nachtrags-etats (Schweizerfiskal). Ferner werden mit der Etatsberatung verbunden das Gesetz betr. die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres (Quinquennat) und das Gesetz betr. Änderung der Wehrpflicht (gesetzliche Festsetzung der zweijährigen Dienstzeit).

Staatssekretär v. Stengel:

Ueber das Etatsjahr 1905 kann ich den Herren nicht viel Neues sagen. Auch dieses Jahr schließt mit einem Fehlbetrag, und zwar von 6 1/2 Millionen Mark. Die Mehrausgaben betragen insgesamt annähernd 10 Millionen Mark, die Mehreinnahmen rund 3 1/2 Millionen. Die wesentlichen Mehreinnahmen sind durch die großen Reichsbetriebe hervorgerufen, deren Mehreinnahmen 17 Millionen Mark betragen, von denen fast 10 Millionen auf die Reichspost- und Telegraphenverwaltung, 7 Millionen auf die Eisenbahnen entfallen. Die Mehrausgaben von 10 Millionen Mark wolle ich bei dem Milliardenbestand nicht viel heizen; sie sind wesentlich durch die Mehrausgaben des Pensionswesens, insbesondere für den Reichsinvalidentfonds hervorgerufen. Außerdem ist eine nicht etatsmäßige Entschädigung von 2 1/2 Millionen an die Süßstofffabrikanten ausbezahlt worden. Die Ueberweisungsforderungen haben einen Mehrausgabenbetrag von 22 1/2 Millionen gebracht, der nicht an die Bundesstaaten abgeführt ist, sondern zur Vermeidung der Anstöße des Reichshaushaltsbetrags benutzt wurde. Die Zuschußanleihe ist dadurch auf 41 Millionen Mark erniedrigt worden.

Mehr interessieren dürfte die Herren, was ich Ihnen über das nunmahlige Ergebnis des Etatsjahres 1904 mitteilen kann. Leider sind die Schätzungen sehr verschieden und viele schwankende Faktoren in der Rechnung. Einen sehr erheblichen Mehrertrag von 14 Millionen Mark wird die Zuckersteuer bringen. Das ist ein erfreuliches Zeichen dafür, daß die Gesetzgebung mit der Reform der Zuckersteuer den rechten Weg eingeschlagen hat. (Sehr wahr! links.) Der gesicherte Inlandsverkauf hat sich nach den bisherigen Steuererträgen in einem Maße gehoben, dem die künftigen Veranschlagungen nicht entsprechen. (Hört, hört! links.) Es bleibt zu hoffen, daß die günstige Entwicklung dieses Jahres auch weiterhin anbauert, obwohl sie durch Gegenströmungen, wie eine zeitweilige Erhöhung der Zinsfußsperre aufgehalten werden kann. Die Salzsteuer wird 2 Millionen, die Branntweinsteuer 600,000, die Stempel- und Steuer 700,000 Mk. Mehreinnahmen liefern. Von der Brennsteuer werden zwei Millionen Mk. mehr in der Reichskasse bleiben. Die Verwaltung der Reichsschulden hat 1 1/2 Millionen Mark weniger verausgabt. Die Einnahmen der Post- und Telegraphenverwaltung werden den Veranschlagungen etwas übersteigen. Aber auf einen größeren als den veranschlagten Ueberschuß darf nicht gerechnet werden, da mehr Ausgaben gedeckt werden müssen, als vorhergesehen war.

Die Beteiligung am Reingewinn der Reichsbank bietet für das Reich insofern günstige Aussichten, als durch die erfolgte Erhöhung des Kapitals der Reservefonds die gesetzliche Höhe erreicht hat und damit eine jädeliche Rücklage von 4 Millionen verfallt. Die noch der Gewinn der Reichsbank an sich anzusetzen ist, darüber ist keine Schätzung möglich. Wir können also nur mit den sonst für den Reservefonds abgebenen 8 Millionen als Mehretrag rechnen. Auch der Banknotenstand ergibt Ueberschüsse für das Rechnungsjahr im Betrage von 800,000 Mk.

Es gibt im Reichshaushalt nicht bloß Mehreinnahmen, es gibt bebaulichere Ueberschüsse auch

Mehreinnahmen.

(Weiterlekt.) Hier kommen vor allem die Zolleinnahmen in Betracht. Die bis Oktober zur Ausschreibung gelangten Zolleinnahmen bleiben nicht nur bedeutend, um fast 12 Millionen Mark, hinter ihrem Stande zur gleichen Zeit des Vorjahres zurück, nein, auch die Jahre 1901 und 1902 zeigten für diesen Zeitpunkt namhafte höhere Einnahmen. Bei den Getreidezöllen, deren ungemein schwankende Natur

schon bei öfteren und zuletzt besonders eingehend vor zwei Jahren bei der Beratung der lex Trimborn betont worden ist, sind bis Ende Oktober gegen das Vorjahr an 12 1/2 Millionen zurückgeblieben. Die Preisgestaltung auf dem Getreidemarkt scheint zwar darauf hinzuweisen, daß für das Ende des Etatsjahres weitere Rückgänge kaum mehr eintreten werden, aber es ist so gut wie unmöglich, in dieser Beziehung zu einem irgend wie sicheren und abschließenden Urteil zu gelangen.

Weitere Mindereinnahmen von 900,000 Mark sind bei den Tabaksteuern zu verzeichnen und 300,000 Mark bei der Schaumweinsteuer. Es scheint doch weniger Champagner getrunken zu werden, als der Gesetzgeber geglaubt hat. (Weiterlekt.) Ich komme nun zu den

Ausgaben.

Mehr als die Hälfte dieses Ueberschusses der Einnahmen wird durch Etatsüberschreitungen und außeretatsmäßige Anforderungen bei den verschiedenen Ausgabequellen aufgezehrt. Die Kosten für die Weltausstellung in St. Louis werden um einige 100,000 Mark überschreiten wegen der dafelbst enorm hohen Arbeitslöhne. In der Hauptsache fallen diese Mehrausgaben auf den Fonds zur Verrentung der Reichsschuld. Das kann nicht wunder nehmen in einer Zeit finanzieller Enge, wo aus der Vergangenheit nicht nur keine Ueberschüsse vorhanden sind, sondern auch der Fehlbetrag einseitige Deckung erfordern muß und wo daneben noch für die vorhergesehenen sehr beträchtlichen

Ausgaben für Südwestafrika

die Gelder zur Verfügung stehen müssen. Um die Reichskasse zahlungsfähig zu machen, hat dieselbe in großem Umfange Schatzanweisungen begeben. Es ist möglich, daß wir genötigt sein werden, bis zur äußersten Grenze, die im Etatsgesetz für die Begebung von Schatzanweisungen vorgegeben ist, vorzugehen, ja wir werden vielleicht sogar genötigt sein, uns vorübergehend eine gelegliche Erweiterung dieser Grenze zu erwidern. (Hört, hört!) Nach den vorläufigen Berechnungen kann angenommen werden, daß dieser Fonds um mehr als 5 Millionen Mark überschritten werden muß.

Ich komme nun zu dem vorliegenden

Etatentwurf. Mit Rücksicht auf die ungünstige Finanzlage sind alle Forderungen auf das Notwendigste eingeschränkt. Leider kann auch dieses Mal der Etat nicht ohne zu hohe Anleihe balancieren. Ich glaube, der Sache durch vollständige Offenheit am besten dienen zu können. (Sehr richtig! beim Zentrum und den Nationalliberalen.) Nichts wäre verderblicher als Selbsttäuschung und Schönfärberei. (Erneuter Beifall.) Nur mit Widerstreben hat sich die Regierung entschlossen, gewisse einmalige Ausgaben für das Rechnungsjahr 1905 auf den außerordentlichen Etat zu nehmen. Es sind die Kosten für die Neubewaffnung. Wäre das nicht geschehen, würde sich der angegebene Betrag für 1905 auf 121 Millionen Mark belaufen. Die wirkliche Lage ist also

noch schlechter als der Etat

zeigt. Von dem Defizit haben die Bundesstaaten rund 24 Mill. als ungedeckte Beitragsbeiträge auf ihre Schultern genommen, das äußerste, was sie leisten können. 51 Millionen Mark müssen durch eine Zuschußanleihe aufgebracht werden. Der gesamte Anleihebedarf beliefert sich auf 293 Millionen Mark. Daß der veranschlagte Betrag für 1905 ausreichen wird, ist nach den Erfahrungen der letzten Zeit, insbesondere angelehnt an die Vorgänge in Südwestafrika, mehr eine Hoffnung als eine Gewissung. (Hört, hört! bei den Sozial.) Dieses Anwachsen der Erfordernisse der Reichsschulden-Verwaltung sollte für uns eine ernste Mahnung sein, mit der Kontrahierung von Schulden nicht in der bisherigen Weise fortzugehen (Närrische Zustimmung bei den Sozialdemokraten), sondern an die baldige Einrichtung einer planmäßigen Schuldentilgung zu denken. (Demonstrativer Beifall! rechts.)

Ungeachtet der Entlastung des Reichsinvalidentfonds wird keine Lage von Jahr zu Jahr unhaltbarer. (Sehr richtig)

Im Vaterhause.

Sozialer Roman von Miska Kautsky.

44) Die sanfte Miene dieser mit Brillanten übersäten Orientalin schloß Betti's Lustigkeit. War's nicht zum Tölpeln, daß sich auch hier, bei diesen antisemitischen Brandst., so viel Judenstummel einklinken? — „Nun, die wirst Du immer los“, trallerte sie; und in übermütigster Stimmung mit blitzenden Augen trat sie in den Salon. „Da schau“, rief sie, „was ich Dir bring“, was sich an meine Fersen gekettet hat“, rief sie dem Hausherrn entgegen: „Das hübsche Klein.“ Ferdinand's Stirne entzuckelte sich, er fand sich in der Tat einer froh bekannten Gesellschaft gegenüber. Und als Betti ihm den eleganten Doktor Jensen vorstellte als einen „halbesen Grafen“ vorstellte, war ihr alles verziehen, sein Groll geschwunden. Frau Fuchs hatte neben Frau v. Krümer Platz genommen. Sie sprachen in forciertester Lebendigkeit mit einander, dabei ihre Toiletten gegenseitig musternd. Betti warf ihnen einen bösen Blick zu. „Wenn diese Leichen glauben, daß ich mich zu ihnen setz', dann irren sie sich.“ sagte sie zu Reich, mit ihm auf und abgehend, wobei sie die Damen fixierte. „Wie gefallen Dir die Zwei? — Die eine hat mit ihren Brillanten sich einen Mann gekauft, einen hübschen, das muß man sagen, die andre bringt ihren Mann um, damit er ihr Brillanten kauft. Er kann nicht genug verdienen, nächstens wirst was von der großen Defraudation eines Bankdirektors hören, der auf der Börse a'spielt hat. Und das sind die anständigen Frauen, die so progig dastehen, vor denen unfernsich sich verstellen soll? Ich krieg' an Horn, wenn ich sie nur anschau'... So was Miserables häßt' i nie a'samm'bracht, so gemein war i nie, Gott sei Dank!“ Paul Brandt, sein ironisches Lächeln auf den Lippen, trat zu ihnen: „Vorüber ärgern Sie sich denn, liebe Freundin?“ „Ärgere mich nit, was glauben's denn — i las' nur.“ „Vorüber?“ „Ueber die tugendhaften Frauen der feinen Gesellschaft, die auf Respekt Anspruch machen. Wasaha! Respekt! Angela Dant' sich einer vor Lachen.“ 20. Kapitel. Ferdinand hatte wiederholt ungeduldig nach der Tür gesehen, endlich waren sie da. Witte in einem ausgehornten neuen Frack, in weißer Kramatie nur eingetreten, ihm zur Seite schwebte das holdseligste Mädchen in einer Wolke aus weißer Seide, etwas nachher, etwas verlegen, mit

schimmernden Augen und erdenden Wangen. Eine Erscheinung, die aller Augen ergöhte. „Wer ist das?“ flüsterte man und erteilte sich selbst die Antwort: „Die Jungd!“ Die Vorstellung erfolgte. Witte verbeugte sich flüchtig, mit dem feinen Anstand von anno daumal... Die Mädchen lachten und tanzten, sie sahen nichts, sie hörten nichts, ihre Herzen klopfen zu härmlich. Der Name Witte ging von Mund zu Mund. Glaser kam mit offenen Armen auf ihn zu: „Witte, mein alter, lieber Junge! Du kennst mich wohl nimmer... Dein Ateliergenosse, der Glaser!“ Witte antwortete das größte Entzücken; die ehemaligen Kollegen schüttelten sich immer wieder die Hände. „Der hat's gut“, scherzte Glaser, zu den übrigen gewendet. „Der kann seine schönsten Werke immer mit sich herumführen.“ Das Wort gefiel, wie die Mädchen, die bereits in der Damenecke angelangt waren. Ein war unterwegs gelieben. Der Baron und Paul waren auf sie zugezogen. Fuchs folgte und andre; einige Augenblicke später war sie umringt. Der eine hatte sie auf der Bühne gesehen, der andre die Notiz über sie gelesen, man war neugierig, man befragte sie. Paul spottete über ihr Kampffieber, das länger gedauert habe als ihre Rolle... Sie antwortete nach allen Seiten munter und schlagfertig. Sie war voll Leben und wußte zu beleben. Ferdinand strahlte vor Vergnügen... Das war ihm einmal gelungen. Er stellte Betti die Fräulein Witte vor. „Erinnern Sie sich noch der hübschen Kinder beim geraden Michel?“ fragte er sie. Betti massierte die jungen Dinger streng, mit Neugier und Verwunderung. „Was wollt's denn Ihr da, wie kommt's denn Ihr da herein?“ schiener: Ihre Augen zu fragen. Doktor Jensen stellte dieselbe Frage an sich: „Wie kommt dieser Duft, diese prangende Jugendfrische unter diese Verleiben?“ Dann trat er rasch auf Betti zu und bat sie, ihn mit den Damen bekannt zu machen. Er hatte neben Fuchs Platz genommen und als diese schüchtern zu ihm aufschah, begegnete sie schönen, sympathischen Argen. Das tat ihr wohl, ihre Verleibenung verschwand. Jensen hörte, daß sie zum ersten Mal hierher kamen, um ein Bild ihres Großvaters zu sehen; ein Wort gab das andre — er blieb respektvoll in feiner Kniege, aber sie legte in sanfter Offenherzigkeit ihm genaue Rechenschaft ab über ihre Beziehungen zu diesem Ganze. In merkwürdiger Klarheit war ein Ton der Vertraulichkeit zwischen ihnen hergestellt. „Das ist Wiener Art“, dachte er. Er war gefesselt, entzückt, er konnte sein Auge von ihr abwenden; da bemerkte er ihr blödsichtiges

Erstern und auch die Ursache desselben. Reich war von rückwärts an sie herangezogen. Sie konnte ihn nicht sehen, sie fühlte seine Nähe. Sie zwangte zusammen, als er neben sie trat. „Entschuldigend Sie, lieber Doktor, daß ich höre“, sagte Reich. „Ich habe Angst, das Fräulein zu fressen. Das Bild ist aufgestellt... Wir wollen es uns ansehen.“ Er bot ihr seinen Arm. Die Menge der Gäste war dem Hausherrn in das kleine Wohnzimmer gefloßt, wo die „echte Witte“ auf der malerisch decorierten Staffelei in elektrischer Beleuchtung prangte. Und nun begann die Komödie: Glaser pries laut, was er innerlich verabscheute; er sprach von dem Nachruhm des Mannes, den man längst zu den Toten geworfen, und gratulierte dem Hausherrn zu dieser wertvollen Erwerbung. Und dieser lächelte, dankte, pflichtete bei, aufs höchste beauftragt, daß die Fopperie so gut gelang. Auch Witte wurde beglückwünscht, sie kamen der Reihe nach, um ihm die Hand zu drücken. Jeder wußte etwas von dem berühmten Witte zu sagen. Es war während, fast zu viel für den armen Teufel, der, stets vom Schicksal verfolgt und herabgedrückt, sich plötzlich in einem solchen Hause, bei solchen Freunden, einer solchen Ehrung gegenüber sah. Sie machte ihn ganz taub und seine Dankbarkeit war voll Demut. Die Mädchen sahen fröhlich und sieghaft aus. Was dem Großvater zu teil wurde, nahmen sie für den Vater in Anspruch. Er verdiente es, und in der Exaltation ihrer Jugend sprangen sie ihm an den Hals und küßten ihn ab. Die Herren traten näher. — Ach, diese frischen Lippen, die konnten küssen! Sie lekten die Lippen, sie hielten an dem etwas davon abkömmlen. „Wie tollt diese Fräulein sind“, flüsterte Frau Fuchs entzückt ihrem Mann zu, dem die Augen förmlich aus dem Kopfe flanden. Sie küßten den Vater, um auch zu reizen, aber man merkte die Abneigung — Sie blühte ihn an und jorzig zückte sie ihm zu: „Dich scheint sie allerdings nicht zu verstimmen.“ Doktor Jensen stand verstört in Lauer: Beobachtung des Vorganges. Was bedeutete das? Er begann das Spiel zu durchschauen und es empfand ihn unglücklich. Alle Gäste waren heringekommen, auch Bankdirektor Krümer, ein hübscher, wohlgeputzter, elegant, der soeben erst eingetroffen war. Auch er wollte Großvaters Bild sehen. Es zeigte eine hübsche Nieme, mitten darin zwei Mädchen, jugendliche G'salten, die in unbekümmerter Luft dieselbe gepflündert hatten; sie konnten der Blumen wohl nicht genug haben. Jede trug davon einen Kranz am Kopfe, einen großen Strauß in der Hand; aber schon nahm mit raschem Schritt das Verhängnis in Gestalt eines alten Bauern, der drohend seine Faust gegen sie schwang. Die entappten Sünden-lanen ergrißen Seite an Seite mit ihrem Hauhe die Nacht. (Fortsetzung folgt.)

In der Mitte.) Trotz der Entlastung von den Veteranen-Verpflichtungen ist im vergangenen Jahre unterhalb von 200 Millionen geblieben und seine übliche Aufwandskraft für das Jahr 1910 bevor. Rückblick soll auf die Unterstützung der Veteranen in den einzelnen Bundesstaaten hingewirkt werden. Ein Gegenstand, der hierfür einheitliche Grundzüge aufstellt, liegt zur Zeit dem Bundesrat vor.

Die wiederholte Maßnahme von Zuschüssen zur Bilanzierung des Etats ist ja

Durchaus unzulässig.

Ein solches Verfahren wäre nur in den äußersten Notfällen, bei momentanen, rasch vorübergehenden Verlegenheiten zulässig. Aber noch weit bedenklicher als diese Zuschüsse erscheint mir die Tatsache, daß wir nun schon seit Jahren nicht mehr in der Lage sind, den Staatshaushalt balancieren zu können, ohne einen Fonds, den eine weitläufige Gesetzgebung früherer Jahre zur Sicherstellung der Verfassung anderer Jubiläen von 1870/71 und der Hinterbliebenen bestimmt hatte, für andere Reichszwecke anzulegen. Diese einzige noch bestehende Reserve für das dringende Erfordernis einer gründlichen Sanierung der Reichsfinanzen, als ich es durch Worte je vermöchte.

Wenn wir unsere Blicke aber 1906 hinaus in die Zukunft richten, dann entwickelt sich für uns eine

recht trübe Perspektive.

(Vorb. Hört, hört! b. d. Soz.) Wenn auch nach Niederwerfung des schwebelastigen Aufwandes eine wesentliche Minderung der außerordentlichen Ausgaben eintreten wird, so ist doch keine Verbesserung des ordentlichen Etats zu erwarten. Eines der besten Mittel, die Finanzen zu bessern, ist ohne Zweifel die Sparsamkeit. (Große Heiterkeit.) Aber ihr sind Grenzen gezogen, unter die wir nicht hinabgehen können, wenn nicht das ganze Reich leiden soll. So würde sich die Sparsamkeit auf das Allerniedrigste rücken, wenn Sie die Erhaltung und Fortentwicklung der Wehrkraft des Reiches schädigen wollten. (Vehemente Zustimmung, Widerspruch b. d. Soz.) Anlässlich die Kolonien, so können in die Meinungen darüber geteilt sein, ob und inwieweit ihr Erwerb gut war. (Hört, hört! b. d. Soz.) Aber jetzt haben wir sie einmal, und jetzt kann sich das Reich seinen verfassungsmäßigen Pflichten nicht entziehen, für die Kolonien seine Schulden zu tun. Wir werden uns eine

damernde Verbesserung unserer Einnahmen

nicht hinneigen lassen. Schon in Eile wird sich eine solche Einnahmequelle in dem neuen Zolltarife erschaffen. Doch muß ich erneut warnen, allen großen Hoffnungen darauf zu setzen. (Heiterkeit links.) In nächster Zeit wird schon der Schlichter gelistet werden, und wir werden in dieser Richtung ein klareres Bild machen können. Vorläufig ist nur eins sicher: neue Anwendungen haben für das Reich bevor. Die seiner Zeit verabschiedete Vermehrung unserer Auslandsschiffe will ich ganz außer Betracht lassen. Es ist die Pflicht des Reiches, ohne Bögen die erforderlichen Maßnahmen zur ewigen Sanierung unserer Finanzen zu treffen. Ich glaube mich im Einklang mit der Gesamtheit der Regierung zu befinden, wenn ich erkläre: Eine Weitervergrößerung dieser Aufgabe ist mit dem Ansehen und der Würde des Reiches unvereinbar. Bei allen Maßnahmen aber wird unbedingt an dem einen festgehalten werden: Schonende Rücksichtnahme auf die wirtschaftlich Schwachen! Damit kann ich schließen. (Bravo! rechts und im Zentrum.)

Kriegsminister v. Einem

Das Gesetz über das Duzinquennat enthält nichts weiter, als die Schwächen und Lücken der vorhandenen Organisation zu beheben. Es will die Organisation des Heeres verbessern und ausbauen und so gestalten, daß bei einer Mobilisierung die einzelnen Einheiten nicht auseinander gerissen werden, daß kein Truppenteil Teile von sich zu irgend welchen Reformationen abgeben braucht. Nur sehr vorsichtig kann man jetzt bereits Schlüsse aus den Erfahrungen des russisch-japanischen Krieges ziehen. Noch läßt sich über das Japanische nicht einander trennen. Das sind aber keine sicheren zu sein und von der Kriegsgeschichte bestätigt, daß diejenige Armee die in ungeübten Formationen und Dispositionen in den Krieg zieht, der anderen Armee, die eine widerstandsfähige Organisation besitzt, überlegen ist, daß diese Überlegenheit sich sofort in gewonnenen Schlachten und Gefechten zeigt; was es aber bedeutet, daß gleich anfangs Siege errungen werden, das lehrt uns die Kriegsgeschichte auf jedem Blatt. Wir haben uns wohl überlegt, ob es möglich sein werde, die neuen Bataillone zu bilden unter Beibehaltung der jetzigen Präzedenzien. Aber wir hatten ja noch gewissermaßen eine Forderung auszuüben von 7000 Mann. (Große Heiterkeit links.) Ich glaube, damit nicht zu viel zu sagen. Die Regierung hatte es ausgesprochen, sie würde die 7000 Mann fordern, wenn die Notwendigkeit sich zeigen würde, und das habe Hans heute gesagt, wir wollen die 7000 Mann bewilligen, wenn wir uns die Notwendigkeit nachweisen. Die Infanterie darf nicht geschwächt, sie muß durch das Duzinquennat konsolidiert und verbessert werden. Was die Kavallerieverbände betrifft, so ist es nicht wesentlich Neues für das hohe Haus, daß ein Kavalleriemangel besteht. Das Abhilfe geschaffen werden muß, hat das hohe Haus selber anerkannt durch die Erhöhung der Kadettenjahre zu Pferde. In meine nächsten Kriege wird die Kavallerie sehr wichtige und bedeutende Aufgaben zu erfüllen haben. Ich muß mich aber enthalten, in der Debatte über die Notwendigkeit einer weitgehenden Vergrößerung der Kavallerie mitzureden.

zur zweijährigen Dienstzeit.

Die europäischen Heere haben sich seit Jahren fortgesetzt vergrößert. Die Mannvermehrung ist eingetreten, die rage de nombre ist kein leeres Wort. Und die Frage der zweijährigen Dienstzeit steht nun einfach vor: Ist die Anzahl größer, zu liegen mit einer Armee von 200,000 Mann mit zweijähriger Dienstzeit oder mit einer Armee von 300,000 mit nur einjähriger Dienstzeit. Man hat sich für das letztere entschieden. Das ist der militärische Grund für die Beibehaltung der zweijährigen Dienstzeit. — Das Duzinquennat hängt nun schon an der Hand. Es ist kein Geheimnis, daß viele Offiziere, höhere und andere, mit *Carreaux* an dieses Duzinquennat, die Ausbildung der Truppen im zweijährigen Dienst, herausgehoben sind. Aber niemand wird der Armee das Duzinquennat entgegen, daß sie in dieser Zeit in ruhiger Weise und ohne jeden Hastgedränge gearbeitet und sich gewöhnt hat, die ihr zugewiesene Aufgabe zu lösen. Die dabei erzielten Resultate sind durchaus befriedigend gewesen. Aber dieses Resultat ist nur erreicht worden durch Überanstrengung des Ausbildungspersonals. (Schreie: richtig! richtig.) Das ist eine allgemeine bekannte Tatsache. Das die Aufgabe ganz früher schwerer geworden ist, liegt doch schon ganz einfach in dem Zahlenverhältnis. Truppen mit einer Hälfte Mannschaften sind schwerer zu regieren, als solche mit einem Drittel. Es ist durchaus berechtigt zu sagen, das Endurteil über die zweijährige Dienstzeit fällt nur der Zeit geben, wie auch der Krieg das Urteil über die Zweckmäßigkeit der zweijährigen Dienstzeit geben hat. Man hat behauptet, der dritte Jahrgang seien nur Soldat, nur Soldat hat die der Reservearmee mehr zum Schaden als zum Nutzen gereicht. Das mag ja bei diesem oder jenem Truppenteil wohl zugefallen sein, indessen sind die dritten Jahrgänge nach den Kisten des Duzinquennats bis zum Jahre 1910 noch zu machen von einiger Stärke gewesen, in der letzten Zeit waren sie ja schon schwach. Unter dem dritten Jahrgang befinden sich diejenigen Leute, welche zur Reserve-Ausbildung verwendet werden (Sich richtig! richtig), es befinden sich darunter die für die Reservearmee, die man für die Reservearmee auszubilden. Ich lege das nur, um zu betonen, daß wir doch mit der zweijährigen Dienstzeit beibehalten werden.

Es wird nicht geschrien von der zunehmenden

die individuelle soldatische Ausbildung und Erziehung getreten. Der Infanterist von heute soll ein durchaus disziplinierter, unbedingt gehorsamer Soldat, aber auch ein selbstständig handelnder Krieger sein. Die Autorität in der Armee muß gegründet sein auf unbedingtes Vertrauen, auf die Gewöhnung des unbedingten Gehorsams und auf die Lebhaftigkeit eines Standesbewußtseins, das nur erreicht werden kann durch

Tradition und Ehrgeiz.

die sich erst in späterer Dienstzeit einstellen bei Leuten, die ihre dienstlichen Verpflichtungen vollkommen beherzigen. Der Unteroffizier von heute soll eine Persönlichkeit sein, die es versteht, den Mann zu leiten. Unter Erlass ist heute intelligenter, gebildeter, feinsinniger geworden, auf der andern Seite aber auch verborstlicher, unzulässiger; wir müssen mit Reuten rechnen, die sich innerlich nur widerwillig der Disziplin unterwerfen. (Sehr richtig!) Auch hierdurch sind die Anforderungen an das Ausbildungspersonal außerordentlich gemacht. Wir sollten alles tun, was in unseren Kräften steht, um den Unteroffizieren eine geistreiche Erziehung zu verschaffen (Sehr richtig!) und das wollen wir tun durch die Vorlage, indem wir sie besser ins Gehalt bringen.

Einen ganz wesentlichen Punkt bilden noch die Übungen des Beurteilungslandes. Wir dürfen wohl erwarten, daß uns die Mittel gewährt werden, den Mann wenigstens zu einer Reservierung heranzuziehen, dann erst wird er ein Soldat werden, auf den wir uns jeder Zeit verlassen können. Sie sehen aus alledem, daß wir beabsichtigen, in unserer Armee Reformen einzuführen, die zwar Geld kosten und sich nicht gleich wieder bezahlt machen, aber sie werden sich lohnen in der Ausbildung der Armee, sie werden sich über lohnen, sollte es einmal nötig sein, die Erziehung des deutschen Reiches mit dem Schwerte in der Hand wieder zu verteidigen. (Bravo.)

Darauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Montag 1 Uhr. (Schluß 3/4 Uhr.)

Das Abgeordnetenhaus

erledigte am Comabend mehrere Initiativvorschläge. Der Antrag Rindler auf Erziehung von Reiterkursen zur Förderung des Handwerks in einzelnen Provinzen wurde wie in der Kommission auch im Plenum abgelehnt und durch die Annahme einer Resolution ersetzt, in der ganz allgemein die Erziehung einer Reiterkavallerie zur Förderung des Handwerks verlangt wird. Die Sprecher der Reichsparteien verwarfen sich dagegen, Gegner der Reiterkavallerie zu sein, sie waren nur der Meinung, daß es inopportun sei, einen erst vor zwei Jahren angenommenen Antrag heute schon zu wiederholen. Ein im agrarischen Interesse gestellter Antrag des konservativen Abg. v. Arnim, der die Regierung ersucht, ihren Einfluß auf das Kadetteninstitut dahin geltend zu machen, daß den landwirtschaftlichen Bezugswörtern die bisher gewährten Vorzugsbedingungen erhalten bleiben. Es handelt sich um eine Forderung für die Kavallerie, um eine Schlechterstellung der Kadetten beim Bezug von Kall. Die Mehrheit war demgemäß groß, auch Herr Müller, angeblich Minister für Handel und Gewerbe, äußerte sich sehr entgegenkommend.

Einmütig wurde eine Resolution der Budgetkommission angenommen, die für die Unterbeamten mit Familie eine Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses verlangt. Die Resolution war auf Grund der Beratung über einen Antrag Decker-Kaplan, der Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses für die unteren und mittleren Beamten und über einen Zentrumsantrag Schmedding, der Abfassung des Wohnungsgeldzuschusses nach der Stärke der Familie forderte. Auch der Minister gab eine entgegenkommende Erklärung ab. So kann von einer Reichsmaßnahme, die den Familienunteren unter den Unterbeamten bereitet ist, gesprochen werden. Montag haben Petitionen zur Beratung.

Japan und Rußland.

Ein Waffenstillstand vor Port Arthur.

Ueber den sechsundzwanzigstägigen Waffenstillstand vor Port Arthur meldet der Kommandeur, der die Festung belagernden Armee. Parlamentäre, die auf unserem linken Flügel erschienen, haben einen von zehn Uhr Vormittags bis vier Uhr Nachmittag dauernden partiellen Waffenstillstand abgeschlossen, während dessen die Bergung der Toten und Verwundeten erfolgen sollte.

Ueber den vorgeschlagenen 203 Meter-Hügel liegt noch völliges Dunkel. Auf dem Terrain ist er nicht anzufinden, ja auch in Petersburg scheint man von dieser Position wenig zu wissen. Dort nimmt man an, daß der Hügel überhaupt nicht zu dem eigentlichen Festungswort gehört. Er ist erst der einzigen Höhe von General Subatenski in aller Eile angeordnet worden, um anzudeuten, daß es auch unmöglich, daß die Japaner von diesem Hügel aus die russische Flotte durch ihr Feuer gefährden können.

Die Japaner haben vor Port Arthur eine neue Position genommen; wie eine Laffan-Expedition aus Tokio meldet, haben sie 300 Mann, nämlich vom 203 Meter-Hügel, unabhängig besetzt. Die Operationen gegen die Forts von Sanglichuan werden mit veränderter Taktik fortgesetzt.

Vom Kriegsschauplatz in der Nordmandscharei

Kommen weitere, teils ergänzende, teils neue Nachrichten über Rückzugsbewegungen der Japaner. Dieser Rückzug scheint allmählich einen größeren Umfang anzunehmen und hatte mehrmals ziemlich heftige Gefechte zur Voraussetzung. Die beiderseitigen Verluste sind jedoch mäßig.

Ein nächtlicher Streifzug.

Generalmajor Schabanow meldet dem Generalstab: In der Nacht zum 1. Dezember unternahm unser freiwilliger ein Streifzug nach einer japanischen Besatzung im Gebiet von Dorsje. Unterwegs begegnete sie einer japanischen Feldwache von 30 Mann, die niedergemacht wurde. General Schabanow hat die Freiwilligen auf dem Weg nach Scharshaplan. Ein Teil der Freiwilligen geriet auf eine Felleiterlinie, welche explodiert. Schabanow drangen etwa 20 Freiwillige in die japanischen Schanzen ein und machten dort gegen 20 Japaner nieder. Japaner, die zu Hilfe herbeieilen, wurden ebenfalls unter Freiwilligen an schwachen Punkten niedergemacht. Die Freiwilligen gegen sich zurück und nahmen fünf Toten mit sich. (Schluß des Berichtes.)

England rückt weiter.

Der „Main“ meldet aus Petersburg: Die Abfahrt von vier neuen Armeekorps nach dem Kriegsschauplatz wird beschleunigt. Eine hochgradige Persönlichkeit erklärte, daß am 5. d. M. 200,000 Rekruten einberufen würden, welche bestimmt sind, die nach dem Kriegsschauplatz abgegangenen Mannschaften zu ersetzen. Die Zahl der Rekruten werde ebenfalls erhöht, ihre Zahl betrage diesmal 360,000 statt wie bisher 250,000. Alle diese Maßnahmen deuten darauf hin, daß England entschlossen ist, dem Krieg fortzusetzen. Die künftigen Operationen werden erst im März nächsten Jahres beginnen, wenn Kampfmittel über genügende Truppen verfügt. Man nimmt an, daß dann im Juli oder August der Krieg beendet sein werde. Der Reichsminister Schiller erklärte, die Truppenbewegungen erfolgen mit besonderer Eile. Bislang überschritten 12 Jäger die mandchurische Grenze.

Das baltische Geschwader ist nunmehr bis zum Golf von Oben gelangt. Es sind am Freitagabend, nach einer Mitteilung des „Reuter'schen Bureau“ aus Berlin, dort 20 russische Kriegsschiffe vorüber gefahren.

Kleine Kriegsnachrichten.

Der Dampfer *Thea*. Die *Nachricht* teilt der *Krieger Zeitung* mit, daß das Obertribunal in Petersburg heute dahin erkannt, daß der russische Dampfer *Thea* zu Unrecht angehalten worden sei und sein Grund zur Konfiskation vorliegen habe. Diederichsen, der der Verhandlung beizuwohnte, beabsichtigt, einen Anwalt zu beauftragen, der etwa 700,000 Rubel zu beanspruchen. Auch die Verhaftung der Ladung des Dampfers *Arabia* wurde vom Obertribunal aufgehoben.

Politische Uebersicht.

Die Reichstagsersatzwahl in Schwertin. Dieser sind gezählt für Büding 12,775, für Antrick 10,774 Stimmen. 369 abgegebene Stimmen sind ungültig. Aus 23 Ortschaften liegt das Ergebnis noch nicht vor, doch gilt die Wahl Büding für gesichert. Die Reichstagsersatzwahl im Kreise Zerchow I und II für den verstorbenen Fürsten Herbert Bismarck findet am Dienstag statt. Es bewerben sich fünf Kandidaten um das Mandat. Die Antisemiten haben den Genthiner Rechtsanwalt Dr. Wohlfahrt, die Nationalliberalen den gleichfalls im Kreise Bismarck früherer Legationsrat von Rath auf den Schild erhoben. Für die Sozialdemokraten kandidiert Lehrer Mertens, für die Konservativen Rittergutsbesitzer v. Brauchisch.

Das fehlte noch! Um Südwestafrika scheint es zu einem Konfessionskrieg kommen zu sollen. Protestantische Zeloten halten sich darüber auf, daß General von Trotha katholisch ist, und daß er sich zusammen mit dem katholischen Missionsinspektor in Windhuk hat photographieren lassen. Auch beklagen sie sich darüber, daß katholische Missionare den protestantischen bei den Hottentotten Konkurrenz machen sollen. Derselbe fehlte nun gerade noch in dieser trüben Zeit. Warum hat man denn nicht wenigstens schon vor dem Ausbruch des Aufstandes die Hottentotten konfessionell gegen einander verhetzt? Vielleicht hätten sie sich alsdann gegenseitig die Häse abgeschnitten und hätten uns in Ruhe gelassen.

Der Wahlkreis Hof, der durch die Mandatsniederlegung Münch-Jerbers frei geworden ist, ist meist nationalliberal vertreten gewesen. Die sozialdemokratische Partei hatte bis 1887 nur wenige hundert Stimmen; 1890 erzielte sie zum erstenmal eine ansehnliche Stimmenzahl, nämlich 3555; seit 1893 gelangt unsere Partei mit steigenden Stimmengiffern in die Stichwahl mit den Nationalliberalen, die mit freisinniger Hilfe den Wahlkreis noch immer hielten. Im vorigen Jahre gelang ihnen dies freilich nur noch mit knapper Not. Münch-Jerber erhielt im ersten Wahlgange 7578 Stimmen, die Freisinnige Volkspartei 4162, Zentrum 245, Sozialdemokratie 10,678 Stimmen; in der Stichwahl siegte der Nationalliberal mit 12,605 gegen 12,295 sozialdemokratische Stimmen. Es ist zu erwarten, daß es das letzte Mal gewesen ist!

Christliche Nächstenliebe. Die Mannheimer „Volkstimme“ veröffentlicht folgendes Schriftstück:

Schlichtern, 25. November 1904.

An Frau ... Hier
In meinem tiefen Bedauern und mit größter Entrüstung habe ich erfahren, daß Ihre Tochter sich vergangen hat und nächstens niederkommen wird. Bei Schande über ein solches Mädchen! Zudem ich mir vorbehalte, ein anderes Mal mit ihr Abrechnung zu halten, möchte ich Ihnen für heute mitteilen, daß ich mich höchst bedauere, das Taufbuch zu befehlen mit einem Eintrage der Schwande und Niederlichkeit. In meiner nunmehr fünfjährigen Pastoration in dieser Gemeinde ist mir gottlob der Fall noch nie vorgekommen, daß ich die traurige Pflicht hatte, ein uneheliches Kind taufen zu müssen. Wollen Sie nun mit Ihrer Familie den Anfang machen? Unterstehe sich Ihre Tochter nicht hier zu bleiben, bis das Kind geboren ist! Wo sie dasselbe aufgefressen hat, soll sie es auch — mit Respekt zu sagen — auswerfen. Ich gebe ihr den dringenden Rat, sich rechtzeitig zu entfernen und etwa in der Heidelberger Klinik oder im Mannheimer Wöchnerinnenasyl die Stunde abzuwarten und dort das Kind taufen zu lassen.

Sollte sie jedoch hier sitzen bleiben, so werde ich sie in der Kirche vor der ganzen Gemeinde derart „hinstellen“, daß sich unter anständigen Menschen nicht mehr sehen lassen kann.

Katholisches Pfarramt
J. Horn, Pf.

Wir hätten Lust, ein Kapitel aufzumachen über Pfaffen als Sittlichkeitsverbrecher — erst vor ein paar Tagen wurde wieder einer verhaftet!

Landtagswahl in Lippe-Detmold. Das Resultat der Landtagswahlen der dritten Abteilung ist folgendes: Im ersten Wahlkreis: Stichwahl Neumann-Döfer (lib. Volksp.) und Anderer (Soz.); zweiter Wahlkreis: Stichwahl Schmidt (Soz.) und Dille (lib. Volksp.); dritter Wahlkreis: Stichwahl Rammde (lib. Volksp.) und Becker (Soz.); vierter Wahlkreis: Reich (christl.-soz.) wiedergewählt; fünfter Wahlkreis: Wöhrer (lib. Volksp.) großer Mehrheit wiedergewählt; sechster Wahlkreis: Stichwahl Neumann-Döfer und Meier-Jobst (frei.); siebenter Wahlkreis: Bruns (frei.) und Becker (Soz.). In 14 Tagen sollen die Stichwahlen stattfinden.

Ein wunderbarer Beamtenbescheidigung, beschäftigt, nach der „Frankf. Ztg.“ die Hildesheimer Straßammer. Einem Nachbarn gegen 1 Uhr betrat der Polizeicommandant Pahl das Lokal des Gastwirts Wilhelmmann in Goßlar a. S. und sagte zu ihm: „Sie lassen so das Instrument (Duzinquennat) schon wieder so laut spielen.“ Der Wirt sagte darauf: „Können Sie denn nicht hören, daß die Trommeln abgestellt sind?“ Diese Äußerung bedeutete der Polizeicommandant als eine Beleidigung und verhaftete den Wirt, der denn auch bei zum andern Morgen im Polizeigewahrsam blieb. Die weitere Folge war eine Klage gegen den Wirt wegen Beleidigung des Polizeicommandanten, von der er jedoch freigesprochen wurde. Der Staatsanwalt hatte 50 Mark Geldstrafe beantragt. Von einer Erhöhe des Borgehens des Polizeicommandanten wird nichts gesagt.

Ausland.

Von Differenzen im ungarischen Ministerium wissen Budapest Blätter zu melden: Die Finanzminister Lucacs und Justizminister Pöcs seien nicht mehr gewillt, weiter mitzumachen, speziell weil Präsident Perczel ohne gesetzliche Ermächtigung aus Gendarmerie-Unterschiedern eine parlamentarische Polizei gebildet habe, deren Aufgabe es, wie offiziell angegeben wird, sein soll, im Parlamentssaal die Ordnung aufrechtzuerhalten. Vorläufig läßt sich diese Meldung nicht kontrollieren; doch ist Tatsache, daß wegen dieser Parlamentswache neue Ausstritte aus der liberalen Partei bevorstehen und die Stimmung in derselben sehr gedrückt ist.

In Warschau soll, nach der „Schlef. Volkstg.“, am Sonntag der Belagerungszustand erklärt worden sein, um weiteren Erpressen und ähnlichen Ereignissen nach Möglichkeit vorzubeugen. Bei den letzten Ausschreitungen in Warschau sind 10 Personen getötet und 88 verletzt worden. Von den Verletzten trugen die meisten schwere Schädigungen an ihrer Gesundheit davon; einem Arbeiter wurde ein Arm buchstäblich abgehauen.

Keine Friedenskonferenz! Das Neutische Bureau melde aus Washington vom 1. d. M.: Die Tatsache, daß Rußland die Einladung zur zweiten Friedenskonferenz mit der bekannten Einschränkung angenommen hat, wurde vom Staatsdepartement der Presse mit folgendem Satze mitgeteilt: Da Rußland nur unter solchen Einschränkungen an der Konferenz teilnimmt und in Betracht der Tatsache, daß verschiedene andere Mächte ihre Zustimmung zur Einladung des Präsidenten Roosevelt zurückziehen würden, falls Rußland nicht vertreten wäre, so muß der Vorschlag, den die russische Regierung machte, daß die Konferenz bis zum Schluß des Krieges verschoben werden müsse, notgedrungen die Vereinigten Staaten daran verhindern, augenblicklich weitere Schritte in dieser Angelegenheit zu tun.

Die Regierung in Washington erklärt denn auch bereits, daß sie sich vorläufig jedes weiteren Schrittes enthalten würde. Diese Vertagung der Komodie wird die politische Situation auch nicht im geringsten verändern!

Die bürgerlichen Oppositionen und die Sozialdemokratie in Ungarn. Der Gewerkschaftsleiter hat den bürgerlichen Oppositionsparteien in Erinnerung gebracht, daß es in Ungarn auch ein „Volk“ gibt und sie rufen dieses Volk nun zu Hilfe gegen den Machthaber. Sie, die sich sonst nie um die Bedürfnisse des Volkes, um die Forderungen der Demokratie gekümmert haben, jetzt suchen sie die Unterstützung der „Massen“. Diese Massen aber, das müssen die großen Parlamentarier jetzt erfahren, laufen ihnen nicht mehr nach, sie gehören schon längst zur wahren Volkspartei, zur Sozialdemokratie. Ganz eindringlich wurde dies den Herren zum Bewußtsein gebracht, als sie am vorigen Sonntag das Volk aufriefen, gegen Tisza zu demonstrieren. In der Versammlung der Opposition waren keinesfalls mehr als 3-4000 Personen anwesend, denn der betreffende Saal faßt nicht mehr. Im darauffolgenden Umzug gingen mit den Spaziergängern und Neugierigen wohl 8000 Personen teilgenommen haben. Zu gleicher Zeit aber hielt die sozialdemokratische Partei im Latterfall eine Versammlung mit darauf folgender Demonstration ab; an dieser haben 45-50,000 Personen teilgenommen. In der Provinz herrscht das gleiche Verhältnis; die Redner der Opposition müssen sich eine oder einige Forderungen der Sozialdemokratie mit zu eigen machen, wenn sie mit ihren Versammlungen Erfolg haben wollen. So war der einstige Sozialistenstreifer Danffy gezwungen, vor seinen eigenen Wählern mit einem Sozialisten zusammen zu referieren, und das allgemeine Wahlrecht zu fordern. In dieser Komik liegt ein sehr erhellender Kern, nämlich die Charakteristik der ganzen Situation. Das Volk ist bereits eine zielbewußte Macht, mit der gerechnet werden muß.

Die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts würde allein die Möglichkeit bieten, aus der verworrenen Lage wieder herauszukommen. Die bürgerliche Opposition hat, wie schon hervorgehoben, bisher nichts getan, um dieser Forderung des ungarischen Volkes gerecht zu werden; aus Kleinlichen, parteiaktischen, vom Klasseninteresse diktierten Gründen, hat es die Opposition noch stets verabsäumt, dem Parlamente diese Waffe ersten Widerstandes zu verschaffen. Die sozialdemokratische Partei hat demnach wenig Ursache, der Opposition in ihrer gegenwärtigen Kalamität beizuspringen, sie hat aber auch politische Einsicht genug, um ihr keine Hindernisse zu bereiten, im Gegenteil, sie leiht ihr die Unterstützung, drängt sie aber dahin, die Forderung des allgemeinen gleichen Wahlrechts mit zu versehen.

Unsere ungarischen Parteigenossen entwickeln, wie wir aus dem Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Ungarns entnehmen, eine fieberhafte Tätigkeit, um die gegenwärtige Lage zur Propaganda für das allgemeine Stimmrecht auszunutzen. Ob sie ihr Ziel schon jetzt erreichen, bleibt dahingestellt, sicherlich wird die Partei durch die gegenwärtige Bewegung einen großen Aufschwung nehmen. Uebrigens ist die „große“ Mehrheit Tiszas infolge der fortwährenden Ausstritte aus der liberalen Partei ziemlich zusammengeklammert. Zur Zeit hat er insgesamt nur noch eine Mehrheit von 33 Köpfen. Wenn daher noch 17 Abgeordnete das Beispiel der Ausgetretenen befolgen würden, dann würde die Zahl der Oppositionellen von 190 auf 207 steigen, diejenige der Regierungspartei hingegen auf 206 herabsinken, was den endgiltigen Sturz Tiszas bedeuten würde. Wie es heißt, soll im Ministerium bereits der Entwurf einer Wahlrechtsreform ausgearbeitet sein.

Zum Duck Jaures—Teroude wird aus Paris weiter gemeldet: Jaures hat ein Antworttelegramm von Teroude erhalten, worin dieser die Herausforderung zum Duell annimmt und mitteilt, daß er als Zeuge den Abgeordneten Billenme und den am 18. Dezember aus der Verbanung zurückkehrenden Marcell Dabert gewählt habe.

Partei-Angelegenheiten.

Ein neuer Sieg. In Firmasens sind bei der Stadtratswahl 6 Sozialdemokraten (bisher 1) gewählt worden.

Die sozialistische Fraktion Italiens nahm in einer Sitzung zur Wahl des Präsidenten und anderer parlamentarischer Fragen Stellung. Es wurde beschlossen, Stimmgelde für den Genossen Costa abzugeben. Turati wurde als zur sozialistischen Fraktion gehörig anerkannt. Dugoni sprach den Wunsch aus, daß man auch in Mailand zur Einigkeit zurückkehren möge. Cabrini und Rondani erklärten hierzu, daß in Mailand die Initiative zur Durchführung dieses Zieltes bereits ergriffen sei. An Stelle Morgani, der von der Partei als Kandidat angelehnt ist, wird der Genosse Dipolati als Vertreter der Fraktion bei der Parteileitung gewählt. Sodann wird eine Kommission, bestehend aus Dipolati, Cabrini, Ferri, Turati und Beroglio gewählt, die die Aufgabe hat, ein Arbeitsprogramm der Fraktion für die jetzige Session anzuarbeiten. Beschlossen wurde dar. noch, Interpellationen über die Vorgänge in Buggerru einzulegen.

Arbeiterbewegung.

Eine mit 30.000 Unterschriften versehenen Petition um Errichtung einer allgemeinen Orts-Krankenkasse in Nürnberg, na am Mittwoch an die mittelfränkische Kreisregierung ab. Die Unterzeichner sind Mitglieder der Nürnberger Gewerkschaften.

Bekanntlich wird seit länger als einem Jahrzeit von den Arbeitern Nürnbergs die Errichtung einer allgemeinen Orts-Krankenkasse verlangt, welche Forderung von den fränkischen Stadtvätern stets unter nichtigen Vorwänden abgelehnt wurde, weil man den Arbeitern keine Rechte über ihre Krankenversicherung zugestehen will. Deshalb wurde die Sache nun in dieser Weise gemacht und die Regierung ersucht, den Magistrat zu verpflichten, daß er bis zum 1. April 1906 eine allgemeine Orts-Krankenkasse zu errichten habe.

Lokales und Provinziales.

Breslau, den 5. Dezember.

* Gegen die Breslauer Richter macht die „Schlesische Zeitung“ mobil. Das Blatt, das stets, wenn es in Feiertagsstimmung ist, außerordentlich ehrlich tut, gibt seine geheimsten Wünsche preis. Es leiht sich in der Sonntag-Nummer über den Streik in der Eisenlegerei Remna drei Spalten, die typisch sind für die konservative Scharfmacherei. Es verlohnt sich nicht, auf die entstellte „Geschichte eines Streiks“ selbst einzugehen, interessant ist nur das folgende: Die „Schlesische“ behauptet nicht mehr und nicht weniger, als daß Breslauer Richter Breslauer Richter-Gewohnheiten übertreten hätten! Die Streikposten haben es ihr angetan, und weil diese nicht wie russische „Schnorrer und Verschwörer“ behandelt werden konnten, schreibt das geschriebene Organ:

„Dieser Belagerungszustand aber ließ sich nicht befechtigen, weil unsere Gesetze keinen genügenden Schutz gegen drartige Verletzungen und Terrorisierungen von Arbeitgebern und Arbeitswilligen durch die allmächtige Sozialdemokratie gewähren — oder vielleicht auch nur zu zaghaft ausgelegt werden.“

Die „Schlesische“ hat es sich gut gemerkt, daß ein Hamburger Gericht kürzlich erklärte, das Wort „Klassenkampf“ bedeute keine Nicht-Beleidigung. Wir werden uns das merken, wenn man uns wieder einmal Respektlosigkeit vor deutschen Richtern vorwerfen sollte.

Interessant ist ferner in dem Artikel, daß darin verurteilt wird, daß der Herr Polizeipräsident selbst in höchst eigener Person in den Verlauf des Streiks eingegriffen hat. Auf seine Veranlassung sei erst ein wirklicher „Schutz“ der ehrenwerten „Arbeitswilligen“ möglich geworden! Wahrscheinlich, um uns aufs neue die hohe Bedeutung dieser für den Staat unentbehrlichen Elemente deutlich vor Augen zu führen. Wie man sieht, kann unter Umständen so ein Feiertagsartikel des scharfmacherischen Junkerorgans für uns sehr wertvoll sein.

Am Stichtwahltag

Dienstag, den 6. Dezember, von 5 Uhr Abends an finden sich die Genossen zur Mitarbeit in folgenden Lokalen ein:

- 23. Bezirk: König, Rosenhain, Leuthenstraße 8.
- 26. „ Restaurant von Schwob, Blücherstr. 18. Gustav Panke, Weinstraße 18.
- 32. „ Restaurant Scholz Erben, Kleine Scheinigerstraße 56.

Von der zahlreichen Mitarbeit am Wahltag hängt der Erfolg unserer Partei ab. Deshalb sollte jeder Genosse am Dienstag auf dem Plage sein.

* Bergarbeiterstreik im Neuroder Revier. Ein Privat-Telegramm meldet der „Volkswacht“: Gestern wurde mit 931 gegen 75 Stimmen in geheimer Abstimmung für heute auf den Graf Magnis'schen Gruben der Streik proklamiert. Es handelt sich um dieselben Lohnforderungen, wie im Juni. Zugang ist fernzuhalten.

* Aus dem Lande der Schulen. Die oftmals geradezu ungeheuerliche Art und Weise, wie die „Schul-Fürsorge“ betrieben wird, wird drastisch illustriert durch folgende Notiz, die wir im „Oberschlesier“ finden:

„Eigenartige Schulvorstandsbesitzungen werden in einem Orte des Kreises Beuthen abgehalten. Dort laßt der Schulvorstandsvorsitzende gewöhnlich die Mitglieder des Vorstandes mit ihren Frauen in seine Wohnung ein, wo während eines gemütlichen Beisammenseins über die Schulangelegenheiten beraten wird. Ist die oder jene der anwesenden Damen dem Lehrer oder dessen Frau nicht wohlgesinnt, dann wird der Antrag des Lehrers abgelehnt! Der Lehrer, der dem Schulvorstand ebenfalls angehört, wird zu den Sitzungen niemals eingeladen! Ebenso erhält der Ortschulinspektor, der auswärts wohnt, von den Verhandlungen keine Kenntnis, obwohl dem letzteren vor jeder Sitzung die Tagesordnung bekannt zu geben und er zu den Verhandlungen einzuladen ist.“

In einem Lande, wo der jüngste Affektor, sofern er die nötigen Schmarren im Gesicht aufweist, mehr gilt, als der verdienstliche Jugendbildner, wundern man sich über eine derartige offene Mißachtung der Schule schon gar nicht mehr!

* Das Arbeiter-Sekretariat bleibt morgen, Dienstag, wegen der Stadtverordneten-Stichtwahl geschlossen.

Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

* Die Haushälter und Fahrer bei der Firma Fritz Baum, Eier-, Butter- und Käse-Großhandlung, Karlsstraße, haben gestern die Arbeit eingestellt. Sie beziehen durchschnittlich einen Gehalt von — 4 Mk. pro Woche und außerdem 1 Prozent vom Butter- und 4 Prozent vom Käse-Umsatz. Der letztere ist aber sehr geringfügig. Jetzt hatten die Ausständigen um eine Erhöhung der Prozente gebeten. Herr Baum jedoch entließ am Sonntag sofort vier Mann, sobald die übrigen Haushälter sich genötigt sahen die Arbeit ebenfalls niederzulegen. Verhandlungen mit der Organisation lehnte Baum ab, dagegen verhandelte er mit einer Deputation der Ausständigen, ohne jedoch auf die Forderungen einzugehen. Der Ausstand dauert insfolgedessen an und werden die Genossen gebeten, dafür zu forcen, daß

Arbeitswilligen nicht an die so „plünder“ bezahlten Stellen treten. Insbesondere werden die Mübder etc., die von der Firma bisher bezogen haben, auf das Verhalten der Zentralverband der Handels-, Transport- u. Verkehrsarbeiter (Zahlstelle Breslau).

Lapezierer-Verband. Kollegen, am Dienstag den 6. d. M., Abends 8 Uhr, beginnt unser Fachkurs im Zimmer 3 des Gewerkschaftshauses. Weitere Einladung findet nicht statt.

Der Vorstand.
J. A.: Hugo Friedrich.

Aus der Provinz Posen.

Posen, 2. Dezember. Ein Pögelei-Arbeiterinnen Streik im Mai d. J. bildete die Ursache einer Verhandlung, die am Freitag vor der 1. Strafkammer zum Austrag gebracht wurde, und zwar sollen hier zwei Arbeiterinnen gegen den beschuldigten 3168 der Gewerbe-Ordnung verurteilt haben. Der Latbestand, der dieser Angelegenheit zu Grunde lag, ist folgender: Am 31. Mai legten die Pögelei-Arbeiterinnen der Firma Hartmann und Weidemann die Arbeit nieder, als am andern Tage ein paar Mädchen unfolgsamer Weise wieder die Arbeit aufnehmen wollten, sollen sie von den beiden Arbeiterinnen Sozjan und Koppel bedroht, resp. an der Weiterarbeit verhindert worden sein, und der Staatsanwalt leitete denn auch alsbald gegen die beiden „Freierinnen“ die Anklage ein. In der Verhandlung am Freitag sagten nun die sämtlichen angeklagten Bedrohten aus, daß von den Angeklagten gegen sie weder Bedrohungen noch Vergeltungen an der Arbeit beantragen wurde. Diese Aussagen sollen, wie der Staatsanwalt anführte, im Widerspruch mit den Aussagen in der Voruntersuchung stehen. Der Staatsanwalt ist der Ansicht, daß zwischen Angeklagten und Zeugen ein Einverständnis zur Unterdrückung der Wahrheit vorliege. Er beantragte gegen die erste Angeklagte 15, gegen die zweite 20 Mk. Geldstrafe. Der Gerichtshof schloß sich der Meinung des Staatsanwalts zwar an, sprach jedoch die Angeklagten frei, da er die Angeklagten für nicht überführt ansah.

Schönauke, 2. Dezember. Tabakarbeiterversammlung. Am 30. November tagte eine stark besuchte öffentliche Tabakarbeiter- und Arbeiterinnen-Versammlung im Legeischen Lokal. Dieselbe beschäftigte sich mit dem Verhalten der Firma P. M. Eppenstein Söhne der Lohnkommission gegenüber. Der Vorsitzende teilte mit, daß am 28. Herr Eppenstein mit derselben verhandelt hat. Er machte Zugeständnisse für Rollen pro Mille 3.75 M. Minimallohn, für Wickelmacher 1.75 Mark, aber mit der Bedingung, daß sie sich das Unkraut für Bandwidel selber reißen sollten, welches sie bisher geerntet bekamen. Aber die Lohnkommission konnte sich damit nicht zufrieden geben. Weiter wurde die familiäre Einrichtung in der Fabrik einer Kritik unterzogen. Das arbeitertreue Verhalten des Herrn Eppenstein charakterisiert der letzte Brief, den derselbe an den Hauptvorstand geschickt hat, um zu veranlassen, daß uns die Unterstützung entzogen würde. Der Brief hat folgenden Wortlaut: „Wir teilen Ihnen hierdurch mit, daß unsere Arbeiter am 14. d. Mts., Mittags, die Arbeit niedergelegt haben. Derselben haben in hiesiger Stadt das Gerücht verbreitet, daß sie die Arbeit wegen Lohnabzügen und schlechtem Debmateriale niedergelegt haben, und da wir annehmen, daß Ihnen auch diese Angaben gemacht sind, teilen wir Ihnen mit, daß dieses ein unwarer Gerücht ist. Nachdem wir unseren Arbeitern bereits Anfang Juli d. J. höhere Löhne bewilligten, stellen dieselben wieder am 14. d. Mts. einen Antrag auf Lohnerhöhung von 25 Pfennigen bis zu 1 M. pro Mille, den wir rundweg ablehnten, zumal sich die Ansprüche meist auf gewöhnliche Stoffe erstreckten und wir die Löhne nicht alle 4 Monate erhöhen können. Ueberdies zahlen wir höhere Löhne als manche anderen hiesigen Fabrikanten. Wir bemerken, daß wir Ihnen dieses mitteilen, damit Sie orientiert sind, falls Ihnen unwahre Angaben zugehen sollten. P. S. Wir verarbeiten nur II Pfüngen Vollblatt, nicht einmal III Sortierungen und viel weniger Stückblatt. Hochachtungsvoll P. M. Eppenstein Söhne.“ Das Verhalten des Briefes rief eine allgemeine Heiterkeit hervor. Aus den Äußerungen der Redner ging die Absicht hervor, nicht eher die Arbeit aufzunehmen, bis sämtliche Forderungen bewilligt sind. Im letzten Bericht hieß es textlichweise, daß Herr Eppenstein im Gefängnis arbeiten ist, was bis jetzt noch nicht berichtet worden ist. Auch haben die Arbeiter die nötigen Schritte dagegen getan.

Neueste Nachrichten.
Unser Gottentottenkrieg.

Aus Südwestafrika wird am 4. Dezember über Kapstadt gemeldet: Offizierpatrouille auf Rückweg von Namaland nach Warmbad bei Nacht überfallen, Auszug unbekannt. Entkommene Reiter brachten Meldung am 25. November nach Westf. Ueber Freitmannshoop gemeldet: Morenga, etwa 300 Kleinkaliber-Gewehre stark, griff Hauptmann von Koppys am 28. November, Abends, in Warmbad an. Angriff unter schweren Verlusten des Feindes abgewiesen. 13 Tote gezählt. Warmbad wird gehalten. Koppys ist einschließl. eines Burenkommandos, 100 Gewehre und 2 Geschütze stark.

Meteorologische Beobachtungen
der Königl. Universitäts-Sternwarte.

Dezemb. 4., 5.	Morgens 6 Uhr	Abends 6 Uhr	Morg. 7 Uhr
Luftwärme (C) . . .	+ 4,8	+ 4,0	+ 2,5
Luftdruck bei 0° (mm) . . .	747,9	749,4	749,4
Luftdruck (mm) . . .	4,7	4,9	4,7
Durchsichtigkeit (pCt.) . . .	75	80	85
Wind (0-12)	SW. 3	SW. 4	S. 2
Wetter	ziemlich heiter	bewölkt	heiter.

Heute früh Tau.

Versammlungen und Vereine.
Breslau.

Arbeiter-Sekretariat Breslau. Obmann der Aufsichtskommission des Arbeiterssekretariats ist Helmutrich, Groischengasse 23. Vorsitzender des Gewerkschafts-Komitees: Drechsler Peterhanuel, Berggasse 16. Freie Turnerschaft Breslau. Turnstunden: 1. Abt.: Jeden Dienstag und Freitag, Abends von 8-10 Uhr, in der städtischen Schularnhalle, Wasserloosstraße. — 2. Abt.: Jeden Montag und Donnerstag, Abends von 8-10 Uhr in der städtischen Schularnhalle, Polenerstraße. Gewerkschaftszus. Montag, den 5. Dezember: Zentralverband der Schuhmacher. Mitglieder-Versammlung, Abends 8 Uhr, Zimmer Nr. 1. Mittwoch, den 7. Dezember: Arbeiter-Stubfahrer-Verein „Breslau“. Jeden Mittwoch: Vereinskassen. Aufsicht neuer Mitglieder. NB. Die Reigenfahrer möchten sich Mittwoch bestimmt melden. Sonntag, den 11. Dezember: Arbeiter-Sängerbund. Volkstanzhaltung-Abend im großen Saale. Nachmittags 4 Uhr.

Der 11. schlesische Parteitag

trat am Sonntag im Liegnitzer Gewerkschaftshause zusammen. Derselbe war aus ganz Schlesien zahlreich besucht.

Der Arbeitergesangverein begrüßte die erschienenen Vertreter des schlesischen Proletariats durch trefflichen Vortrag zweier Arbeiterkampflieder.

Alsdann nahm Genosse Mohring-Liegnitz das Wort, um die Parteitags-Delegierten zum ersten Male in Liegnitz willkommen zu heißen und guten Erfolg der Beratungen zu wünschen.

Genosse Schütz-Breslau eröffnete hierauf im Namen der Agitationskommission den Parteitag. In das Bureau wurden Schütz-Breslau und Nieger-Hannau als Vorsitzende, Sohn-Görlitz und Feldmann-Langenbielau als Schriftführer gewählt.

In die Mandatsprüfungskommission wurden Pelz-Langenbielau, Reder-Neustadt und Soebel-Bunzlau gewählt.

Alsdann trat der Parteitag in die Tagesordnung ein und beschloß, die Punkte

Agitation und Organisation

zu verbinden. Ueber den ersten Punkt - Bericht der Agitationskommission - ist Schütz, für den zweiten - Organisation - Söbe-Breslau als Referent vorgelesen.

Söbe-Langenbielau beantragt, zum Punkt Organisation einen Korreferenten in der Person des Genossen Müller-Görlitz zu bestellen. Dieser Antrag wird abgelehnt.

Bericht der Agitationskommission

Genosse Schütz-Breslau. Redner nimmt Bezug auf den gedruckt vorliegenden Bericht und will nur einige Punkte herausgreifen, die der ausführlichen Besprechung bedürfen.

bringen. Der Genosse Hoffmann-Bielefeld hatte dem Parteivorstand ausgedrückt, eine solche Tour durch Schlesien zu unternehmen. Dann aber hat er plötzlich abgeschrieben und später garnicht mehr geantwortet.

Alsdann nimmt Genosse Söbe das Wort zu seinem Referat über

die künftige Organisation.

In allen Provinzen Deutschlands vollzieht sich augenblicklich eine Umwandlung unserer Partei-Organisation, das alte Vertrauensmännersystem wird abgelöst von der festen Form politischer Vereine.

Die zweite Frage, die uns beschäftigt, ist die, welche Form wir in Zukunft der Provinzialorganisation in Schlesien geben. Von Görlitz geht ein Antrag aus, die frühere Einteilung der Provinz wieder einzuführen.

Nach der gewünschten Einteilung würde also der Bezirk Görlitz ganz Niederschlesien mit Ausnahme von Liegnitz, Landeshut und Hirschberg umfassen, die beiden letzteren fallen Langenbielau zu.

Schließlich haben wir uns zu verständigen über die Anstellung von Parteisekretären. Deren Aufgabe ist oft falsch aufgefaßt worden, der Parteisekretär soll weder Arbeiter noch Ortssekretär sein.

sein Agitationskreis kein allzu großer sein, sonst bleibt es wieder bei Versammlungen und für die Kleinarbeit hat er keine Zeit übrig. Schlesien muß demnach auch zwei weitere Sekretäre haben.

Der Parteitag empfiehlt den Genossen, in jedem Orte politische Vereine zu gründen und diese zu Kreiswahlvereinen zusammenzufassen.

Er erhebt den Antrag Görlitz zum Beschluß, überweist aber die Kreise Neisse, Neustadt, Falkenberg und Leobschütz dem Bezirk Breslau.

Jeder der vier Agitationsbezirke delegiert ein Mitglied in die Provinzialkommission, die letztere tritt nur nach Bedarf zusammen.

Der Parteitag richtet an den Parteivorstand den Antrag, je einen Sekretär für Mittel- und Niederschlesien zu ernennen.

Als erster Diskussionsredner nimmt das Wort Genosse

Müller-Görlitz: Mit den Ausführungen Söbes über die Organisationsfrage kann man sich im allgemeinen einverstanden erklären. Wenn man diese Stellungnahme hätte voraussetzen können, wäre wahrscheinlich der Antrag, einen Korreferenten zu bestellen, gar nicht erst gekommen.

Parteisekretäre aus. Es wäre nicht zu viel verlangt, wenn wir die Sekretäre forderten. In uns hätten auch diese übergenug. Die Bezirke dürften nicht zu groß sein, die für den einzelnen zu bearbeiten sind.

Fantastische Aufführung des Goethebundes.

Die gestrige Aufführung, die die erste Hälfte des I. Teils brachte, ging in durchaus würdiger Weise vor sich. Auf der Bühne das Bestreben, auch vor dem „niederem“ Volke nur Gutes zu zeigen.

Stadt-Theater.

König Heinrich IV. 1. Teil.

Schauspiel in 5 Akten von W. Shakespears.

In diesem Schauspiel führt der große Engländer die dramatische Behandlung der bewegtesten Zeit aus seines Vaterlandes Geschichte vor. Der ehemalige Kaiser Friedrich ist nun Herrscher geworden.

Kobela'schen ausprechen. Dort das Koke, Manngebildete, hier die Vollendung, dort der Rohstoff, hier die fertige Schöpfung. Er ist einer der besten und wichtigsten Köpfe, die England jemals hervorgebracht hat.

Diesem Ritter ohne Ehre und Würde stellt Shakespeare den „Reichthum des Kobens“, Heinrich Percu, gegenüber, dem „Ehre“ schlechthin das Leben bedeutet. Er liebt nur die Gefahr des Krieges und hat den Willkürgang des Friedens.

„Ich kann' nicht all, und untertänig ein Weibchen Das wilde Wesen eines Wüstlingsangs. Doch darin ist es der Sonne nach, Die niederer, schändlicher Gewiß erlanbt.“

Seine Sorglosigkeit ist die Tugend aller Großen, päpstliche Bedenkllichkeit ist ihm fremd. Und bald erweist es sich, da der König als ein großer großer Taten verrichten kann.

Die Charakteristik des Königs tritt hiergegen etwas zurück, aber auch bei der Zeichnung des Titelhelden hat der Dichter mit wenigen Strichen eine vollendete Figur geschaffen.

Herr Wallauer, der bei der jüngsten Aufführung den Ritter Falkast zu geben hatte, hielt sich erfreulicherweise von Uebertreibungen fern, dagegen hätte Herr Wendt (Percu) gut getan, die Shakespearsche Sprache in ihrer ursprünglichen Reinheit wirken zu lassen.

Aus aller Welt.

In dem vierfachen Mordmord in Gelmstorf in Mecklenburg, dem die Vorherrscherin Hofin und ihre drei kleinen Kinder zum Opfer fielen, wird weiter berichtet, daß es den Behörden trotz schiefer Tätigkeit noch nicht gelungen ist, den als mutmaßlichen Mörder in Betracht kommenden Stantskanz Schulz anzuverhaften.

In den Tod getrieben. Ueber den Aufsehen erregenden Fall des Mainzer Hauptmanns Diez, von dem wir bereits Mitteilung machten, bringt ein Mainzer Blatt eine Auffassung, die die Affäre in ein anderes Licht zu rufen sucht.

